Rhede'r Volkszeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeister-ämtern und Aemtern des Kreises Borken. Organ der Zentrumspartei.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen Bocholt: Realschulstraße 14, Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolsing. Werth: Th. Parras. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 261 | Freitag, den 23. September | Jahrgang 1927

Deutschnationale Politik.

Die Umstände des Ortes und der Zeit haben dem deutschnationalen Parteitag, der am Mittwoch in Königsberg eröffnet worden ist, das günstige Relief gegeben, das nun einmal Parteitage nötig haben. Ostpreußen ist eine der preußischen Provinzen, in der die Rechte über breitesten Boden verfügt. Außerdem hat gerade die Tannenberg-Feier stattgefunden mit der Weihe des Ostpreußischen Nationaldenkmals, die die deutsche Aufmerksamkeit nach Ostpreußen gelenkt haben würde, auch wenn der deutsche Reichspräsident nicht gerade seine vielbeachtete Erklärung in der Kriegsschuldfrage abgegeben hätte. So steht also heute Königsberg, der deutschnationale Parteitag, vor erleuchtetem Hintergrunde. Die Genfer Verhandlungen tun der Aufmerksamkeit, die er in Anspruch nehmen möchte, keinen merklichen Abbruch.

Wer weiß, wie sehr sich doch die Deutschnationalen bemüht und welche Opfer sie gebracht haben, um Mitglieder der Reichsregierung zu werden, der mußte von Königsberg ein Wort zu allen Schwierigkeiten erwarten, die sich in den letzten Wochen aufgetan haben. Es liegt auch auf der Hand, daß ein solches Wort keinesfalls leicht zu finden war. Der Parteitag, der gleichsam im Schatten des Tannenberg-Denkmals stattfindet und von den Symbolen alter konservativer Parteiherrlichkeit überschwemmt ist, der kann nicht leicht an die Opfer erinnern, die im Januar und Februar gebracht worden sind, er kann noch weniger leicht die deutschnationalen Massen mit den Opfern befreunden, die um die Erhaltung der Regierungskoalition höchstwahrscheinlich noch gebracht werden müssen. Es steht ziemlich außer Zweifel, daß das zweideutige Verhalten der deutschnationalen Partei im Lande große Anhängermassen weggetrieben hat, ein Vorgang, der nicht gerade der parteipolitischen Selbstgenügsamkeit zu dienen geeignet ist. Und doch — trotz all dieser Hemmnisse — hat Graf Westarp das realpolitische Wort gefunden, das den deutschnationalen Notwendigkeiten, wie er sie augenblicklich einschätzt, gerecht wird.

Im Gegensatz zu den Ausführungen der „Kreuzzeitung", die vor kurzem erklärte: „Was gehen uns diese Richtlinien an?", meinte er mit auffallender Bestimmtheit: „Wir halten uns an die Richtlinien gebunden und erfüllen sie loyal. In ihnen ist Schutz der Reichsfarben nicht nur gegen rechtswidrige Angriffe, sondern auch gegen herabsetzende Verunglimpfungen zugesagt. Wir haben diese Verpflichtung dem Geiste nach zu erfüllen, also uns auch selbst jeder Gehässigkeit zu enthalten. Ich richte diesen Wunsch an die uns nahestehende, wenn auch unabhängige Presse. Es geht nicht an, daß sie jede Bindung an die Richtlinien für sich ablehnt. In den Auseinandersetzungen mit den Regierungsparteien und deren Führern wollen wir schon aus der gebotenen Rücksicht auf die für die Koalition erforderliche vertrauensvolle Zusammenarbeit persönliche Schärfen vermeiden." Wenn auch Graf Westarp hinzufügte, daß die Richtlinien kein Gesinnungsbekenntnis seien, so ist doch nicht zu verkennen, daß er mit der Art der Polemik, die die ihm nächststehenden Zeitungen gegen die Reichsfarben und gegen die Richtlinien führen, nicht einverstanden ist, daß er sie, seiner Meinung nach um der Erhaltung der Koalition willen, verurteilen muß. Das ist ein Fortschritt, den sich die Zentrumspresse als Verdienst anrechnen darf. Wer A sagt, denkt Graf Westarp, muß auch B sagen. In einem Punkte allerdings tritt er auf der Stelle. Er behauptete, nach den Richtlinien sei es den Deutschnationalen gestattet, für die Wiederherstellung der Monarchie sich einzusetzen. Der Zentrumsabg. Gusrard, der jedenfalls genau Bescheid weiß, behauptet das Gegenteil. Es wäre ja auch ein Widerspruch in sich, durch Uebernahme von Ministerposten sich auf die republikanische Staatsform verpflichten und dann das Schiff in einen monarchistischen Hafen lenken zu wollen. Hier bestehen Gegensätze, die der bisherigen Koalition gefährlich sind.

Der Zugang zur Macht in Preußen soll das Ziel des nächsten Wahlkampfes für die Deutschnationalen sein; sie wollen ihn nicht allein für den monarchischen Gedanken und für die Farben Schwarz-Weiß-Rot, sondern auch für die Befreiung des deutschen Bodens von der Fremdherrschaft führen. Diese Parole ist beinahe geistiger Diebstahl; denn für die Politik der Befreiung deutschen Bodens haben seit 1919 die republikanischen Parteien bereits gekämpft und Opfer gebracht, und wenn bis heute in diesem Kampfe Erfolge erzielt sind, so sind sie den Regierungen zu verdanken, an denen die Deutschnationalen nicht beteiligt waren.

Mit erfreulicher Klarheit haben die Redner des letzten Tages sich sodann zur Schulfrage geäußert und sich nicht nur an die Gegner im eigenen Lager, wie Kirchenrat Mayer, gewandt, sondern auch der Deutschen Volkspartei ins Gewissen geredet. Die Deutschnationalen selbst werden noch manches in ihren Reihen zu tun haben, um das Mißtrauen gegen die Katholiken zu bekämpfen, von dem Prof. Spahn sprach.

Unsere Erfahrungen in der Regierung im Reich und in Preußen.

Eine Rede von Guérards.

Gelegentlich einer Tagung der Zentrumspartei des Saargebietes in Saarbrücken machte der Reichstagsabgeordnete von Guérard, der Vorsitzende der Fraktion, beachtliche Ausführungen zur politischen Lage im Reich und in Preußen:

Der Gedanke, hinein in den Staat, galt für uns immer. Ihm haben in der Vergangenheit unsere führenden Männer ihre besten Kräfte gewidmet, und wenn ich ihrer gedenke, dann gedenke ich immer auch in Treue und Dankbarkeit der Tätigkeit des Kollegen Dr. Wirth. Dieser Gedanke des „Hinein in den Staat" hat uns auch in die jetzige Regierungskoalition gebracht.

Wenn man unser bisheriges Wirken in der neuen Koalition objektiv betrachtet, dann wird man feststellen müssen, daß wir keinen Fuß breit von dem Wirthschen Manifest abgewichen sind. Wir waren uns selbstverständlich bewußt, daß wir in der neuen Koalition äußerste Vorsicht walten lassen mußten. Darum wurden ja auch die Richtlinien von dem Kollegen Wirth aufgestellt, die heute wieder ein Gegenstand des Streites geworden sind. Ich habe damals im Reichstag gesagt, daß es uns mit diesen Richtlinien bitter ernst sei, und ich habe darauf hingewiesen, daß Angriffe auf die Verfassung, zu der ganz selbstverständlich auch die Reichsflagge gehört, dem Sinne und den Absichten der neuen Regierung widersprechen. Wir haben jetzt in einer Reihe deutschnationaler Blätter eine Einstellung gefunden, die dem nicht entspricht. Wenn sie andauernd von Schwarz-Rot-Gelb sprechen, so ist das eine absichtliche Verächtlichmachung der offiziellen Reichsflagge, die aufs schwerste gegen die Richtlinien verstößt und die wir uns unter keinen Umständen gefallen zu lassen gesonnen sind. Wir werden demnächst eine deutliche Klärung in dieser Beziehung herbeiführen müssen. Darin weiß ich mich mit der ganzen Zentrumspartei einig: so wie bisher gehen die Dinge nicht weiter. Der Flaggenstreit ist der verderblichste Zwiespalt, aber wir können ihn nicht aus der Welt schaffen. Wie wir jedoch Schwarz-Weiß-Rot nichts angetan haben, der Fahne, unter der Millionen Deutscher ihr Leben für das Vaterland geopfert haben, so müssen wir verlangen, daß auch den offiziellen deutschen Reichsfarben der gebührende Respekt von den Regierungsparteien entgegengebracht wird. Ich habe es seinerzeit sehr bedauert, daß unser Kollege Wirth, der mit der Aufstellung der Richtlinien für uns die Grundlage der neuen Regierungskoalition gegeben hatte, nach Annahme dieser Richtlinien durch die Rechte am folgenden Tage erklärte, dieser Regierung sage er den Krieg an. Ich hätte es verstanden, wenn er zu uns in die Fraktion gekommen wäre und dort seine Bedenken vorgetragen hätte. Wir wären mit ihm, glaube ich, zu einer Einigung gekommen. Er ist aber nie wieder in die Fraktion gekommen. Wir alle haben diesen Kampf schmerzlich empfunden und bedauern ihn sehr; dennoch gebe ich nicht die Hoffnung auf, daß wir uns wieder zusammenfinden. Jedenfalls werden wir das unsere dazu tun. Allerdings muß ich sagen, daß eine Fraktion, in der keine Disziplin herrscht, allmählich aufhört, eine Fraktion zu sein. Wenn alle Instanzen gesprochen haben, liegt es im Interesse des Bestehens der Partei, die Disziplin zu wahren. Wir sind tolerant in weitestem Maße gegen abweichende Meinungen; aber wenn jeder eine andere Meinung haben und allein seinem eigenen Kopfe folgen wollte, das wäre das Ende der Zentrumspartei und zugleich ein großes Unglück für unser ganzes deutsches Vaterland.

Wenn man die Arbeit der neuen Regierungskoalition ansieht, dann muß man zugeben, wenn man vorurteilslos und unbefangen die Dinge betrachtet, daß diese Arbeit von dem alten Geiste des Zentrums getragen ist, von dem Geiste der Ausgestaltung der Verfassung und des sozialen Fortschritts. Ich erinnere hier nur an das Republikschutzgesetz. Damals haben eine Reihe deutschnationaler Führer in den verschiedensten Orten verschiedene Reden gehalten, auf die ich mir gesagt habe, dahinter müssen wir einen Punkt machen. Ich habe dann unserem Reichskanzler Herrn Marx gesagt, unsere Antwort auf diese Reden kann nur die Verlängerung des Republikschutzgesetzes sein. Noch selben Tages ist der Antrag eingebracht worden, und die Deutschnationalen haben ihm zugestimmt. Sie können sicher sein, wir werden auch in Zukunft acht darauf geben, daß unsere Verfassung keinen Schaden erleidet. Im Herbst stehen wir vor einer neuen Aufgabe. Es sind noch Fürstenabfindungen zu regeln, und außerdem steht die Regelung der Renten bevor, die der preußische Staat auf Grund gänzlich veralteter Rechtstitel in Höhe von jährlich 6½ Millionen Mark an eine Reihe von Standesherren weiterzahlt. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß diesen Leuten kein Pfennig über die allgemeine Aufwertung hinaus gegeben werden darf. Alles andere wäre ein Raub am deutschen Volke. Darüber sind wir uns mit den Kollegen der preußischen Zentrumsfraktion durchaus einig.

Dann kurz die Frage Preußen und Reich. Es hat da in der Vergangenheit vielfach bedenkliche Erörterungen und Fehler hier und dort gegeben. Ich habe seinerzeit selber Veranlassung genommen, mich mit dem preußischen Ministerpräsidenten Braun auseinanderzusetzen. Wir für unseren Teil werden in Zukunft in dieser Frage weniger Schwierigkeiten haben, nachdem wir eine viel engere Verbindung zwischen der Reichstagsfraktion und der Zentrumsfraktion des preußischen Abgeordnetenhauses herbeigeführt haben. Von mancher Seite wird die Doppelregierung des Zentrums im Reiche mit den Deutschnationalen und in Preußen mit den Sozialdemokraten für schwer erträglich gehalten. Ich muß von mir persönlich sagen, daß ich nicht auf diesem Standpunkte stehe, sondern sie für durchaus erträglich halte. Sie hat zur Folge zum mindesten eine gewisse Schonung auf beiden Seiten. Wie wir im Reich weiter gekommen sind mit den Deutschnationalen, so ist man auch im preußischen Staate weitergekommen mit den Sozialdemokraten. Mit der preußischen Zentrumsfraktion sind wir übrigens in der großen Linie durchaus einig. Ich habe noch vorgestern vom Vorstande der Reichstagsfraktion eine vielstündige Unterredung mit unseren drei preußischen Ministern gehabt und bin mit ihnen bis zum letzten einig gewesen."

Das preußische Schulkompromiß.

÷ **Berlin**, 22. Sept. Wie der Demokratische Zeitungsdienst meldet, sind die Abänderungsanträge der preußischen Regierung für die Beratung des Schulgesetzes im Reichsrat nunmehr formuliert worden. Nach diesen Anträgen wird im § 2 die Gemeinschaftsschule an erster Stelle genannt und bestimmt, daß die Schulen Gemeinschaftsschulen sind oder nach näherer Bestimmung des Gesetzes Bekenntnisschulen oder weltliche Schulen. Nach den Aenderungsanträgen zum § 18 sollen alle Schulen solange Gemeinschaftsschulen sein, solange nicht ein Drittel der Erziehungsberechtigten eine Bekenntnisschule oder eine weltliche Schule verlangt. Verlangt ein Drittel der Erziehungsberechtigten die Umwandlung in eine Bekenntnisschule und ein zweites Drittel etwa die Umwandlung in eine weltliche Schule, so entscheidet bei einer Abstimmung die absolute Mehrheit. Ein weiterer preußischer Antrag besagt, daß die Feststellung des geordneten Betriebes den Ländern überlassen werden soll. Dadurch würde die Simultanschule in den Simultanschulländern bleiben. Preußen beantragte, daß Frankfurt und Hanau als Simultanschulländer erklärt werden. Hinsichtlich des Religionsunterrichtes wird eine Art Einsichtnahme der obersten kirchlichen Instanzen oder ihrer Vertreter zugestanden. In der Finanzfrage ist Preußen mit den übrigen Ländern darin einig, daß die Mehrkosten das Reich zu tragen hat.

Zur Beseitigung von Zweifeln wird vom Amtlichen Preußischen Pressedienst darauf hingewiesen, daß im übrigen die preußischen Vorschriften über die Mietzinsbildung auch in Zukunft unverändert in Kraft bleiben. Dies ist zunächst für die Feststellung der reinen Friedensmiete, nach der sich die gesetzliche Miete errechnet, von Bedeutung. Ebenso sind auch weiterhin neben dem genannten allgemein gültigen Satz von 120 (116) v. H. in besonderen Fällen Umlagen entsprechend dem bisherigen Verfahren zulässig. Unter anderm können daher, wie bisher, die Kosten der Heizstoffe für Sammelheizung und Warmwasserversorgung sowie die Betriebs- und Instandhaltungskosten der Fahrstuhlanlage auf die Mieter umgelegt werden. Der Vermieter ist weiterhin berechtigt, in denjenigen Gemeinden, in denen der gemeindliche Zuschlag zur Grundvermögensteuer mehr als 100 v. H. der staatlichen Grundvermögensteuer beträgt, den 100 v. H. übersteigenden Betrag auf die Mieter umzulegen. Diese Umlage darf lediglich in der tatsächlichen Höhe des Steuerbetrages erfolgen, nicht aber in festen Hundertsätzen der Friedensmiete.

Im übrigen wird darauf aufmerksam gemacht, daß bei Festsetzung der gesetzlichen Miete bereits der dem Vermieter reichsgesetzlich zustehende Betrag für die am 1. Januar 1928 von 3 v. H. auf 5 v. H. sich erhöhenden Zinsen aufgewerteter Hypotheken Berücksichtigung gefunden hat (vgl. § 2 Absatz 3 letzter Satz des Gesetzes über den Geldentwertungsausgleich bei bebauten Grundstücken vom 1. Juni 1926 und § 28 des Aufwertungsgesetzes vom 16. Juli 1925.) Diese Zinserhöhung entspricht durchschnittlich etwa 8 v. H. der Friedensmiete. Eine Erhöhung des Hauszinssteueranteils tritt nicht ein.

Die gesetzliche Miete vom 1. Oktober an.

Keine Erhöhung der Hauszinssteuer.

Nach reichsgesetzlicher Vorschrift und laut preußischer Verordnung vom 26. März d. Js. beträgt die gesetzliche Miete vom 1. Oktober d. Js. an 120 v. H. der reinen Friedensmiete. Hat der Mieter die sogen. Schönheitsreparaturen übernommen, so beträgt die gesetzliche Miete 116 v. H. der reinen Friedensmiete.

Reichsratsbeschlüsse.

× **Berlin**, 22. Sept. Der Reichsrat beschloß in seiner öffentlichen Sitzung vom Donnerstag nachmittag, daß der Verwaltungsrat der neuen Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung noch um 3 Sitze vermehrt wird, von denen zwei auf Preußen entfallen sollen und der dritte auf die Gemeinden und Gemeindeverbände. Von den drei Stellvertretern soll einer auf Preußen entfallen, einer auf Bremen und einer auf die Gemeinden und Gemeindeverbände. Hessen erklärte, sich damit nicht zufrieden geben zu können, sondern beansprucht seinerseits einen der drei neuen Sitze. Der Antrag Hessens fand nur die Zustimmung Bayerns, sodaß er ohne Abstimmung erledigt war. Die Verteilung der Sitze wurde mit Mehrheitsbeschluß in der angegebenen Weise angenommen. Angenommen wurde weiter einstimmig die Vorlage über Bildung des endgültigen Wirtschaftsrates. Die wesentlichste Aenderung, die der Reichsrat an der Regierungsvorlage angenommen hat, ist die Vermehrung der Sitze von 144 auf 151. Dem Städtetag wurde ein neue Sitz zugebilligt und außerdem wurde die Zahl der von der Reichsregierung und dem Reichsrat zu ernennenden Mitglieder von je 9 auf je 12 erhöht. Auf Antrag Preußens wurde beschlossen, das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung dahin abzuändern, daß das Reich die ganzen Kosten der Krisenversicherung zu tragen hat, während nach der bisherigen Fassung des Gesetzes vier Fünftel der Kosten vom Reich und ein Fünftel von den Gemeinden zu tragen sind. Das Braurecht für das Rechnungsjahr 1927 wurde wiederum auf 100 Prozent festgesetzt. Angenommen wurde noch ein Gesetzentwurf, wonach auch Wertpapiere und Forderungen zur Anlegung von Mündelgeldern zugelassen werden sollen, die nicht auf eine bestimmte Summe in Reichsmark, sondern in Feingold oder Goldmark lauten.

Ein bedauerlicher Schritt Dr. Wirths.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 22. Sept. (Eig. Drahtb.)

):(**Karlsruhe**, 22. Sept. Am 25. September findet der Parteitag der badischen Zentrumspartei statt, der sich auch mit der Stellungnahme Dr. Wirths zum Reichsschulgesetzentwurf befassen soll. Dr. Wirth wird, wie eine Korrespondenz meldet, an dieser Tagung nicht teilnehmen (!). Er hat an den Vorstand der badischen Zentrumspartei ein Memorandum gerichtet, von dem noch nicht feststeht, ob es veröffentlicht werden wird oder nicht.

„Aus den Freundeskreisen Dr. Wirths" wird dem „Berl. Tagebl." hierzu u. a. folgendes erklärt:

„Die „Germania" hat leider recht, wenn sie sagt, daß der Sache Dr. Wirths mit seinem Fernbleiben vom badischen Parteitag schwerlich gedient wird. Der Parteitag des badischen Zentrums ist eigens wegen des Falles Wirth einberufen worden. Dr. Wirth ist auf der badischen Liste gewählt und deshalb sah sich der Führer des badischen Zentrums, Prälat Dr. Schofer, veranlaßt, ihm auf einer offiziellen Tagung der Zentrumspartei in Baden Gelegenheit zu geben, seinen Standpunkt in der Frage der Oppositionsstellung gegen das Kabinett Marx und gegen den Reichsschulgesetzentwurf selbst zu begründen. Man wird das umsomehr anerkennen müssen, als Dr. Schofer den Parteivorsitzenden Marx, mit dem er am 2. September in Freiburg i. Br. eine Unterredung hatte, veranlaßt hat, von einer endgültigen Stellungnahme des Reichszentrums zu Dr. Wirth abzusehen, bis der Badische Parteitag gesprochen haben würde. Die bisher auf der Seite Dr. Wirths stehenden Delegierten werden sich am nächsten Sonntag verlassen vorkommen, denn ein Memorandum, das verlesen wird, kann nicht eine persönliche Stellungnahme ersetzen. Es muß daher auch einmal aus befreundeten Kreisen Herrn Dr. Wirth gesagt werden, daß es so nicht geht. Der verstorbene Erzberger hätte sich in einem solchen Falle unter allen Umständen den Parteileitanzen gestellt. Es wäre daher wünschenswert, wenn Dr. Wirth seinen Entschluß noch revidieren und sich persönlich am nächsten Sonntag auf dem Parteitag des Badischen Zentrums für seine Ideen einsetzen würde."

Es mag vorerst als nebensächlich angesehen werden, wer der Verfasser der vorstehend zitierten Zuschrift ist. Daß sie aber gerade im „Berl. Tageblatt" Platz gefunden hat, in welchem bekanntlich auch Dr. Wirth selbst die meisten Oppositionsartikel zu veröffentlichen Gelegenheit hatte, erscheint uns sehr beachtlich. Dieser Umstand beweist nämlich, daß auch das genannte demokratische Organ Herrn Dr. Wirth vor einem unüberlegten und gefährlichen Schritt warnen möchte. Es wäre natürlich verfehlt, daraus die Schlußfolgerung herzuleiten, daß es dem „Berl. Tagebl." ein Herzensbedürfnis wäre, die von allen Zentrumskreisen so lebhaft herbeigewünschte Verständigung zwischen Dr. Wirth und der offiziellen Parteileitung hergestellt zu sehen.

Wilhelm II. an Hindenburg.

Die Rechtspresse ist groß in Indiskretionen. Auf dem deutschnationalen Parteitag in Königsberg sagte Reichsminister v. Keudell: „Ich möchte folgendes erklären: Der Reichswehrminister Geßler hat mir in eingehenden Besprechungen mitgeteilt, daß er die Absicht gehabt habe, den Flaggenerlaß für die Reichswehr im Kabinett zur Sprache zu bringen und beraten zu lassen. Unsere politischen Gegner aber haben nach dem so bewährten Mittel der politischen Indiskretion erreicht, den Erlaß vorher in die Oeffentlichkeit zu bringen." (Hört, hört!) Das war ein Irrtum, denn der deutschnationale „Berl. Lok. Anz.", und nicht die Gegner der Deutschnationalen waren es, die zuerst den Erlaß Geßlers publizierten. Und auch die neueste Indiskretion fällt den Deutschnationalen zur Last. Ein Brief ist bei Hindenburg aus Anlaß der Tannenbergfeier aus dem Hause Doorn eingelaufen. Der Inhalt dieses Briefes ist in der „Deutschen Zeitung" veröffentlicht worden. Er bewegt sich völlig in der Phraseologie, die man von Jugend auf beim letzten Kaiser gewohnt ist:

„Bei der Weihe des Denkmals für die Schlacht von Tannenberg bin Ich in tiefer, unauslöschlicher Dankbarkeit bei allen denen, die zu diesem gewaltigen Cannae beigetragen haben. Von Mir mit dem Auftrage entsandt, Ostpreußen, koste es, was es wolle, vom Feind zu befreien, gelang es Ihrer und des General Ludendorffs überlegener Führung, unterstützt durch die hingebende Mitwirkung Ihrer Unterführer und Gehilfen, die meist der Schule Meines alten Generalstabchefs des Grafen Schlieffen, entstammten, mit unseren unver-

mes
Sept.
en
Neu,
nerung
tschland aich
möglichkeit,
sionssätzen.
lich.
V. a. G.
erung).
ger Landwirt
n jüngeres
ädchen
ern u. für leichte
beit (Stütze der
au) bei Fami-
chluß
s in der Gesch.
Jos. Heinrichs,
ngeres
ädchen
chmittags zum
gesucht.
Geschäftsstelle.
, brav., kath.
ädchen
oder 15. Okt.
sarbeit gesucht
ann sich auch in
che ausbilden.
Lohn und gute
lung.
oh. Niermann,
stwall 39.
ni strümpfe
iekappen
t. Binden
Ausführungen
d Preisen.
erie Bruns
dstraße 22.

gleichlichen, von Opferfreudigkeit und Tapferkeit beseelten Truppen diesen herrlichen Sieg zu erkämpfen. Tannenberg zeigte der Welt von neuem, wozu deutsche Kraft unter starker, zielbewußter Führung fähig ist. Möchte der Heldengeist von Tannenberg unser zerrissenes Volk durchdringen und einigen! Dann wird es wiederum Wunder wirken, und die Tapferen, denen heute das Denkmal ersteht, werden nicht umsonst gefallen sein! Dann wird es mit Gottes Hilfe wieder aufwärts gehen! gez. Wilhelm II. J. R."

Es ist nicht gut getan, daß Wilhelm II. an den Heldengeist von Tannenberg erinnert. Zu Beginn des Krieges gab er die Parole aus, zu kämpfen „bis zum letzten Hauch von Mann und Roß"; tausende tapfere Soldaten aber vergossen noch ihr Blut fürs Vaterland, als Wilhelm II. schon in Holland war. Es zeugt gerade nicht von Taktgefühl, daß er den Reichspräsidenten jetzt in eine unangenehme Situation bringt, worin ihn die „Deutsche Zeitung" durch ihre Indiskretion noch unterstützte. An zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß es sich um einen Brief des Kaisers handele, der durch amtliche Veröffentlichung nicht bekannt geworden sei. Die Behandlung des Briefes sei also eine rein private Angelegenheit des Reichspräsidenten, deren Erledigung man vollkommen ihm überlassen müsse.

Die Strafrechtsreform.

× **Berlin**, 22. Sept. In der heutigen Sitzung des Reichstagsausschusses für die Strafrechtsreform berichtete Reichsjustizminister Hergt über die erfreulichen Eindrücke, die er bei seiner Teilnahme an den Verhandlungen über den Strafgesetzentwurf im Wiener Nationalrat gewonnen habe. In den Beratungen sei klar hervorgetreten, daß alle Parteien, auch die Oppositionsparteien, mit der österreichischen Regierung in dem Wunsche einig sind, die Arbeiten an dem Strafgesetzbuch zu fördern und sie, wenn irgend möglich, zum erfolgreichen Abschluß zu bringen und die Rechtseinheit mit Deutschland auf diesem wichtigen Rechtsgebiete herzustellen.

Der Ausschuß verhandelte alsdann über einen sozialdemokratischen Antrag, einen der fraktionellen Zusammensetzung des deutschen Reichstagsausschusses für die Strafrechtsreform entsprechenden Unterausschuß einzusetzen, der die Aufgabe haben soll, mit einem entsprechenden Ausschuß des Rechtsausschusses des österreichischen Nationalrats über den Strafgesetzentwurf zu fortlaufenden gemeinsamen Beratungen zusammenzutreten.

Nach längerer Aussprache wurde die Abstimmung über den vorstehenden Antrag zunächst zurückgestellt, dagegen wurde in Aussicht genommen, daß einige Mitglieder des Reichstagsausschusses zunächst mit entsprechenden Mitgliedern des österreichischen Nationalrats Fühlung zu nehmen suchen, um einer ersprießlichen Zusammenarbeit hinsichtlich der Strafrechtsreform die Wege zu ebnen.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde zunächst der zweite Satz des § 3 im Wortlaut der Regierungsvorlage angenommen. Der Ausschuß schloß sich der Auffassung an, daß bezüglich der Ländergesetzgebung im Einführungsgesetz auf eine besondere Bestimmung Bedacht genommen werden soll.

Alsdann referierte Abg. Dr. Kahl (D. Vp.) über die §§ 5—7. Die Paragraphen regeln die räumliche Geltung der Strafgesetze. An die Spitze ist der dem jetzigen Recht entsprechende Grundsatz gestellt, daß für Taten, die im Inlande begangen werden, die Strafgesetze des Reiches gelten. Sie enthalten weiter die Bestimmungen darüber, unter welchen Voraussetzungen die Strafgesetze des Reiches auch auf Taten, die nicht im Innern begangen sind, anwendbar sind.

Nach dem Referat vertagte sich der Ausschuß auf Freitag.

Der deutsch-nationale Parteitag.

× **Königsberg**, 22. Sept. In der heutigen Sitzung des Parteitages der Deutschnationalen Volkspartei gab zunächst der Parteivorsitzende, Reichstagsabg. Graf von Westarp, während sich die Versammelten von ihren Plätzen erhoben, Kenntnis von folgendem Telegramm des Reichspräsidenten auf das Huldigungstelegramm des Parteitags:

„Haben Sie aufrichtigen Dank für das freundliche Meingedenken und Ihre Glückwünsche zu meinem bevorstehenden Geburtstag. Die Beratungen Ihres Reichsparteitages begleite ich mit dem aufrichtigen Wunsche, daß Ihre Arbeit dem deutschen Volke zum Nutzen gereichen und seine Einigkeit fördern möge.

gez. v. Hindenburg, Reichspräsident."

Graf Westarp fügte der Verlesung dieses Telegramms hinzu: „Gruß und Gegengruß legt uns die Verpflichtung auf, alles zu tun, um unser Volk von der Schmach der Schuldlüge zu befreien und dem Vorbilde des Generalfeldmarschalls folgend, unbedingte Hingabe im Dienst des Staates zu üben." Die Verlesung des Telegramms und die Bemerkung des Grafen Westarp wurden von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Im weiteren Verlauf der Beratungen sprach Universitätsprofessor Dr. Spahn ebenfalls zum Thema

„Geistesnot und Gewissensfreiheit"

unter besonderer Berücksichtigung der gegenwärtigen Lage. Die deutschen Katholiken wie Protestanten seien heute mehr noch politisch als religiös gespalten. Das habe sich schon im Kulturkampf der Liberalismus zunutze gemacht und möchte sich heute wieder die Demokratie zunutze machen. Jetzt oder nie gelte es, was geistig zusammengehöre, auch politisch zusammenzubringen. Vor 100 Jahren habe ein durch die Geschichte nicht gerechtfertigtes Mißtrauen die Katholiken des Westens dem preußischen Staate ferngehalten. Dieses Mißtrauen drohe heute wieder auf evangelischer Seite Zögerungen zu wecken, die dem Vaterlande zum Verhängnis werden könnten. Aber die Deutschnationalen seien entschlossen, das Mißtrauen nicht wieder groß werden zu lassen. Mit dem Voranstellen der Schulfrage habe die deutschnationale Partei den Anfang damit gemacht (!), daß die geistigen Anliegen der deutschen Volksgemeinschaft wieder ebenso wie die wirtschaftlichen und politischen in den Vordergrund kommen. Dadurch, daß die Deutschnationalen der Sozialdemokratie gegenüber die Schulfrage hätten voranstellen müssen, hätten sie sich schon Schwierigkeiten bei der Deutschen Volkspartei geschaffen, die sie jedoch in dem kommenden Kampf keinesteils an ihrer Seite missen können. Ein Ausgleich über die Beratung eines Entwurfes, der wie der Keudell'sche von der Freiheit für jede durch Gesinnung geeinte Volksschicht ausgehe, müsse möglich sein. Die Deutschnationalen könnten sich andererseits nicht denken, daß Herr Scholz den Fehler zu wiederholen vermöchte, den Bennigsen gemacht habe, als er sich in ganz verwandter politischer Situation Bismarck versagte.

Dann nahm Graf Westarp das Wort, um den Rednern den Dank des Parteitages auszusprechen. Er wandte sich sodann gegen den Bericht eines Berliner Mittagsblattes, wonach er in dem „Führer" zum Parteitag ein Bekenntnis der Partei zur Stresemannpolitik abgelegt habe. Es seien an dieses Zitat Schlußfolgerungen geknüpft worden über Spaltungen in der Deutschnationalen Partei und insbesondere auf Gegensätze zwischen ihm und Treviranus. Der Schwindel sei merkwürdig plump; in dem „Führer" stehe auch nicht ein Wort von dem, was in dem Mittagsblatt berichtet worden sei.

In der Aussprache nahm das Wort Reichsinnenminister Dr. v. Keudell, um u. a. auszuführen: „Ich will und muß

Der Reichsfinanzminister über die Besoldungsvorlage.

Vor dem Haushaltsausschuß des Reichstages.

Berlin, 22. September.

Zu Beginn der heutigen Beratungen des Haushaltsausschusses des Reichstages ergriff Reichsfinanzminister Dr. Köhler das Wort zu folgenden Ausführungen:

Der Reichstag habe im Juli ds. Js. beschlossen, daß, wenn die Vorlage der Neuregelung der Beamtenbesoldung vor dem 1. Oktober ds. Js. nicht mehr verabschiedet werden könne, der Hauptausschuß über eine Ermächtigung zu Abschlagszahlungen zum 1. Oktober ds. Js. Beschluß fassen werde. Inzwischen sei die Vorlage mit den Ländern verhandelt worden. Er hoffe, spätestens am Montag die Vorlage dem Reichsrat übermitteln zu können. Sie sei in grundsätzlichem Einvernehmen mit Preußen fertiggestellt worden. Die Grundzüge der Vorlage habe er bereits am 11. ds. Mts. auf der Magdeburger Beamtentagung dargelegt. Die in der Oeffentlichkeit aufgestellte Behauptung, er, der Minister, habe sich mit der

Abschaffung der Kinderzulage

beschäftigt, sei ein Unwahrheit. In der Oeffentlichkeit scheine die Tatsache fast verschwunden zu sein, daß die Beamten drei Jahre lang mit ihren Bezügen auf der Stelle treten mußten, während um sie herum Preis- und Lohnerhöhungen stattfanden. Es sei ihm gelungen, sein Versprechen einzulösen, die Beamtenbesoldungserhöhung ohne eine Erhöhung der Reichssteuern durchzuführen. Bei der Ausgestaltung der Vorlage habe er nicht bloß auf die Reichsfinanzen Rücksicht genommen, sondern vor allem auch auf die Länder und Gemeinden. Dem Verlangen nach einer

Abänderung des Finanzausgleichs

könne aber nicht entsprochen werden. Er hoffe, daß die Ueberweisungssteuern höhere Beträge ergeben würden, als man angenommen habe. Eine Erhöhung der Realsteuern in Ländern und Gemeinden aus Anlaß der Uebernahme der Reichsbesoldungsordnung auf Länder und Gemeinden würde außerordentlich unerwünschte Rückwirkungen ergeben. Es solle wirklich der ernsthafte Versuch gemacht werden, hier ohne Erhöhung durchzukommen.

Was die Besoldungsordnung selbst angehe, so bestehe die Hauptänderung darin, daß

das System der Schlüsselung abgeschafft

und dafür die automatische Aufrückung in die Anfangs- wie in die Aufrückungsstufe getreten sei. Das System der Verzahnung sei grundsätzlich beibehalten worden. Die Frauenzulage sei in die Grundgehälter hineingearbeitet worden. Da keine Veranlassung vorliege, den Ledigen auch diese Frauenzulage zu gewähren, sei versucht worden, sie von unverheirateten Beamten an anderer Stelle hereinzubekommen. Das System der Kinderzulage sei beibehalten, aber vereinfacht. Sie betrage

allgemein 20 Mark monatlich.

Fern gelegen habe der Regierung, wie in den Zeitungen behauptet worden sei, etwa für die Offiziere besondere Vorteile herauszuholen. Für die Behauptungen, die über die Besoldungsordnung in einigen Berliner Blättern veröffentlicht worden seien, sei er nicht verantwortlich. Was die prozentuale Erhöhung der Besoldung selbst betreffe, so sei man der Meinung gewesen,

daß die unteren Beamtengruppen stärker bedacht

werden müssen. Im übrigen bewegten sich die Erhöhungen der Grundgehälter im Endgehalt von 25 bis 18,7 Prozent. Aus den Endzahlen allein könne man aber die volle Höhe der Aufbesserung nicht entnehmen oder voll würdigen. Auch

die Ruhegehalts- und Wartegeldempfänger

sowie deren Hinterbliebene werden entsprechend aufgebessert. Der Reichsrat werde sich hoffentlich sehr bald entscheiden. Die neuen Vorschläge gingen aus von der untersten Dienstaltersstufe und der untersten Tarifklasse.

Ich bitte Sie, so erklärte der Minister zum Schluß, diesen unseren Vorschlägen zuzustimmen, damit morgen bereits die Anweisungen an die Behörden herausgehen können. Dann kann den Beamten zum 1. Oktober der Vorschuß schon ausgezahlt werden.

Bei Besprechung dieser Darlegungen schlug Abgeordneter Bender noch vor, für die Beamten der Gruppen 1 bis 8 40 Mark, für die Diätare 30 Mark, für Pensionäre der Klassen 1 bis 9 15 Prozent und 10 bis 13 18 Prozent zu bewilligen. Er vermisse die Berücksichtigung der Kriegsbeschädigten. Reichsfinanzminister Dr. Köhler ergänzte seine Ausführungen dahin, daß nicht zuletzt mit der Besoldungsregelung für die Beamten auch eine Neuordnung der Bezüge der Kriegsbeschädigten erfolgen werde und ebenfalls ein Vorschuß auf die erhöhten Bezüge schon am 1. Oktober gezahlt werden solle. So gleichmäßig wie der Redner es vorschlage, könnten aber die Vorschüsse nicht gut gegeben werden. — Abgeordneter Dr. von Guérard (Z.) erklärte namens der Regierungsparteien, daß diese mit den Vorschlägen des Ministers einverstanden seien.

★

Die Vorschüsse.

Nach Ablehnung weitergehender Anträge der Linken wurde einstimmig folgender Vorschlag des Reichsfinanzministeriums über die Vorschußzahlungen an die Beamten angenommen:

Mit Wirkung vom 1. Oktober sollen bis zur Verabschiedung des neuen Besoldungsgesetzes an monatlichen Vorschüssen erhalten: Die Beamten der Besoldungsgruppen

1 bis 5: Verheiratete 25 Mark, Ledige 20 Mark,
Gruppe 6 bis 8: Verheiratete 30 Mk., Ledige 25 Mk.,
Gruppe 9 bis 10: Verheiratete 50 Mk., Ledige 40 Mk.,
Gruppe 11 u. höher: Verheiratete 70 Mk., Ledige 60 Mk.,
außerplanmäßige Beamte 20 Mk.

Wartegeld- und Ruhegehaltsempfänger sowie Empfänger von Hinterbliebenenbezügen 10 Prozent, für Wartegeld usw. aber unter Ausschluß der Frauen- und Kinderzuschläge. Offiziere und Soldaten der Reichswehr sowie Polizeibeamte des Reichswasserschutzes in Besoldungsgruppen 1 bis 2: Verheiratete 5 Mark, Gruppe 3 bis 8: Verheiratete 15 Mark, Gruppe 9: Verheiratete 30 Mark, Gruppe 10 (Hauptleute usw. mit mehr als 2 Dienstjahren): Verheiratete 50 Mark, Gruppe 11: Verheiratete 50 Mark, Ledige 35 Mark, Gruppe 12 und höher: Verheiratete 70, Ledige 60 Mark.

★

Dr. Stresemann und die Besoldungsvorlage.

:: **Berlin**, 22. Sept. Im Zusammenhang mit einem Bericht über die heutige Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses der Regierungsparteien teilt die „Tägliche Rundschau" u. a. mit: Die Regierung wird heute den Entwurf in Druck geben, nachdem der preußischen Regierung Zeit gegeben worden ist, sich den Bestimmungen der Besoldungsvorlage anzupassen. Die Drucklegung und die Weitergabe an den Reichsrat erfolgt, ohne daß eine volle Uebereinstimmung im Kabinett erzielt worden war. So ist es insonderheit unzutreffend, daß der Reichsminister Dr. Stresemann von Genf aus seine Zustimmung zu einer Vorlage erteilt, deren Einzelheiten man nicht genau kennt. Fest steht jedenfalls, daß der Reichsminister in der Frage der Warte- und Ruhestandsbeamten seine Auffassung aufrechterhalten hat. Man kann annehmen, daß in der Interfraktionellen Besprechung dieser Punkt mit Nachdruck betont worden ist.

rede halten. Die Arbeiten des Volksbundes werden voraussichtlich Mitte nächster Woche ihren Abschluß finden. Die Nachricht, daß Dr. Stresemann mit dem russischen Ministerpräsidenten Bratianu bindende Abmachungen über die Lösung der deutsch-rumänischen Streitfrage getroffen habe, wird von zuständiger Stelle als unzutreffend bezeichnet.

Deutsches Reich.

Die Nachmittagssitzung des Reichskabinetts.

!! **Berlin**, 22. Sept. Das Reichskabinett hielt heute nachmittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Marx eine Sitzung ab, die der Beratung laufender Angelegenheiten galt. Auch wurden Fragen der parlamentarischen Behandlung eines Besoldungsgesetzes besprochen.

Die Rückkehr Stresemanns aus Genf.

:: **Berlin**, 22. Sept. Wie von unterrichteter Seite verlautet, ist mit der Rückkehr Dr. Stresemanns aus Genf vor Mitte nächster Woche nicht zu rechnen.

Interfraktionelle Besprechung im Reichstag.

— **Berlin**, 22. Sept. Im Reichstag fand am Donnerstag vormittag eine interfraktionelle Besprechung der Regierungsparteien in Gegenwart des Reichskanzlers und der übrigen in Berlin anwesenden Minister, nämlich des Reichsministers des Innern, von Keudell, des Finanzministers Dr. Köhler, des Reichswehrministers Dr. Geßler, des Reichspostministers Schätzl und Vertreter sämtlicher anderen Reichsministerien statt. Sie beschäftigte sich mit der Neuregelung der Besoldungsordnung zur Vorbereitung der Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages.

Landtagsabg. Dr. Quaet-Faslem †.

× **Berlin**, 22. Sept. Heute abend starb im D-Zug kurz vor dem Schlesischen Bahnhof der preußische Landtagsabg. Dr. Quaet-Faslem auf Grawenbrück bei Göttingen eines natürlichen Todes. Dr. Quaet-Faslem gehörte der deutschnationalen Landtagsfraktion an.

Ein Flugzeugabsturz in Bad Blankenburg.

▲ **Bad Blankenburg** (Thüringen), 22. Sept. Heute vormittag gegen 11 Uhr geriet ein Verkehrsflugzeug der Nordbayerischen Verkehrs-A. G., das mit drei Damen und dem Piloten besetzt war, auf dem Wege nach Leipzig über den Flugplatz Saale (Schwarzatal) beim Durchfliegen einer Kurve in eine Fallboe, wodurch der Apparat absackte, und, da er sich noch in geringer Höhe befand, zu Boden schlug, wobei der Propeller zersplitterte. Die linke Tragfläche brach durch den Aufprall. Der Führer des Flugzeuges, der Pilot Schnabel, war sofort tot, ebenso eine der mitfahrenden Damen. Die beiden anderen Damen wurden so schwer verletzt, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Die verunglückten Damen stammen sämtlich aus Rudolstadt. Die Tote ist Frau Heinz. Die Verletzungen der beiden anderen Mitfliegerinnen sind, entgegen den ersten Meldungen, leichterer Natur. Es scheint schon jetzt festzustehen, daß Konstruktions- oder Materialfehler das Unglück nicht verschuldet haben.

★

Das geheimnisvolle Flugzeug von Norderney.

!! **Norderney**, 22. Sept. Die dreimotorige Junkersmaschine, die für den Ozeanflug bestimmt ist, ist bisher hier noch nicht eingetroffen. Wie dem Vertreter des Wolffbüros versichert wird, erwartet man die Maschine aber in den nächsten Tagen.

Ein Rückenflug von Köln nach Bonn.

)(**Köln**, 22. Sept. Eine einzigartige Flugleistung vollbrachte der bekannte Flieger Fieseler. Er drehte, nachdem er gestern nachmittag um 4 Uhr in Köln aufgestiegen war, kurz nach dem Start sein Flugzeug in die Rückenlage und flog so mit dem Kopf nach unten die ganze Strecke Köln—Bonn (Hangelar) in 15 Minuten. In der gleichen Lage überflog er dann noch zweimal den Flugplatz, wendete dann sein Flugzeug und landete glatt. Auf diesem Rückenflug wurde Fieseler durch den Betriebsleiter des Kölner Flughafens von einem Begleitflugzeug aus kontrolliert. Fieseler war nach seiner Landung in Bonn ziemlich erschöpft.

165 Klm. in der Stunde.

Angora, 21. Sept. Die Landung Könnecke's in Angora erfolgte um 9 Uhr vormittags. Die ohne Zwischenlandung durchflogene Strecke Köln—Angora beträgt 3000 Kilometer, die mittlere Stundengeschwindigkeit 165 Kilometer. Könnecke beabsichtigt, wenn das Wetter günstig ist, am Freitag seinen Flug fortzusetzen und zwar nach Tokio und von dort nach Newyork.

Gegen die Banderolen-Fälscher.

◆ **Berlin**, 22. Sept. Heute vormittag haben, wie die „Vossische Zeitung" erfährt, Untersuchungsrichter, Kriminalpolizei und Zollfahndungsdienst einen neuen entscheidenden Schlag gegen die Zigaretten- und Banderolenfälscher geführt. Es ist gelungen, in Dresden den Hersteller der gefälschten Banderolen, Kügler, zu verhaften und seinen Betrieb zu schließen. Kügler wird auf Anordnung des Untersuchungsrichters morgen nach Berlin gebracht. Ferner wurde auf Haftbefehle des Untersuchungsrichters und mehrerer deutscher Gerichte der Zigarettenfabrikant Benno Band, der schon einmal im November vorigen Jahres festgenommen worden war und sich vorübergehend in Untersuchungshaft befand, verhaftet. Band hat, wie festgestellt wurde, seit Mitte August in Berlin in einem Geheimbetriebe mindestens 280000 unversteuerte Markenzigaretten gefälscht, von denen der größere Teil sichergestellt werden konnte. Während Band festgenommen wurde, kam einer seiner Hauptabnehmer, der Zigarettengroßhändler Westenberger aus Westfalen, zu ihm und wurde gleichfalls festgenommen. Schließlich entschloß sich heute die Polizei, den Zigarettenfabrikanten Oschersky, der in seiner Fabrik in der Reichenbergerstraße gefälschte Zigaretten der bekanntesten Firmen herstellte, festzunehmen.

Die Renten- und Pfandbrief-Fälschungen.

¶ **Berlin**, 22. Sept. In der Angelegenheit der umfangreichen Fälschungen von Renten- und Pfandbriefen, die hier vor einiger Zeit aufgedeckt wurden, wurden neuerdings zwei Posten von Fälschungen hier entdeckt und zwar bei einem hiesigen Notar schleswig-holsteinische und brandenburgische und in einer kleinen Bank in der Charlottenstraße hannoversche Rentenbriefe. Im Zusammenhang hiermit wurden nach der Meldung einer hiesigen Korrespondenz ein Bankier aus dem Westen der Stadt und ein Bankbeamter festgenommen, die sich mit den Fälschern eingelassen haben sollen. Festgestellt wurde, daß ein Geschäft in Saarbrücken um 93000 Mark geschädigt worden ist.

ein Bekenntnis zum Schulgesetz

ablegen. Betrachten Sie den Kampf um die Berechtigung der Bekenntnisschule unter dem Gesichtspunkte des Ringens um die Gewissensfreiheit in unserem neuen Staate. Denjenigen, die auch in unseren Reihen auf die Schlagworte der Linken hereinfallen und glauben, daß ein Reichsschulgesetz große Zwietracht im Volke säen würde, fehlt die Kenntnis des Reichstums und der Zwangsläufigkeit unserer geschichtlichen Entwicklung. Ich will hier nicht über die Simultanschule in Südwestdeutschland im allgemeinen reden, ich bitte aber unsere Freunde aus Baden, diejenigen Vorwürfe, die sie gegen uns richten, an die Adresse der Reichsverfassung zu leiten, nach deren Wortlaut eine weitere Berücksichtigung ihrer Wünsche nicht zulässig ist. Nachdem einmal die Frage der Gewissensfreiheit in den Sturm der Meinungen hineingetragen worden ist, wird sie diese Regierungskoalition überdauern. Wir werden nicht ruhen, bis dieser Gedanke — ohne Rücksicht auf die Parteiverhältnisse — zum Siege getragen worden ist."

Damit schloß die Aussprache. In seinem

Schlußwort

an den Parteitag führte sodann Graf Westarp u. a. aus: Die Folgen der Knechtschaft drohen Deutschlands geistiges Gesicht zu entstellen. Die Tributzahlungen an das Ausland werden das Volk vollends zu Boden drücken, sobald die erpreßten Leistungen nicht mehr von den Gläubigern geborgt, sondern aus den Erträgen der eigenen Volkswirtschaft zu zahlen sind. Der Schein der langsamen Gesundung von Volk und Wirtschaft trügt. Unsere Partei ist und bleibt ideale Gesinnungsgemeinschaft, Trägerin der großen christlichen und vaterländischen Bewegung. Zwischen unserer idealen und praktischen Arbeit besteht kein Gegensatz, sondern engste Verbindung. Ringen wir mit der Sozialdemokratie um die Macht, so ist nicht der äußere Erfolg, so ist innere Ueberwindung unser Ziel. Gegen den Materialismus des Genusses oder der Not kann nur der sieghafte Glaube an die Kraft der christlichen Heilslehre retten. Deshalb arbeiten wir seit Köln an der Verabschiedung eines christlichen Schulgesetzes. Die lebhafte Teilnahme, die das deutsche Volk dem Schulgesetzentwurf unseres Ministers v. Keudell entgegenbringt, können wir als ein erfreuliches Anzeichen dafür begrüßen, daß der deutsche Idealismus noch lebendig geblieben, der Sinn für die hohe Bedeutung der Jugenderziehung durch Schule und Haus noch nicht erloschen ist. Diese Beobachtung bestärkt uns in dem festen Entschluß, nunmehr auch alles zu tun, um den Entwurf noch in diesem Winter und in dieser Regierungsverbindung zu verabschieden. Er ist geeignet, den

Frieden der Konfessionen,

auf den gerade wir besonderen Wert legen, in freiem geistigen Wettbewerb zu fördern. Die Verabschiedung dieses Gesetzes, wenn sie gelingt, wird ein geschichtliches Verdienst der jetzigen Koalition sein, an dem nicht vorübergegangen werden kann. Der christlichen Elternschaft bleibt der beste Teil der Sorge dafür, daß die deutsche Jugend, mit lebendigem Christentum erfüllt und so zu gefestigter deutscher Persönlichkeit erzogen, einer neuen inneren und äußeren Freiheit der Nation entgegenreift. Westliche Demokratie ist materialistisch, preußischer Konservativismus, zu dem wir uns bekennen, ist Ideal in seinem Ziele, das ihm weit näher steht als das Wohl jedes einzelnen: Ehre und Freiheit von Nation und Staat.

In der öffentlichen Meinung, bei der Wahl und im Parlament, ringen wir um den Sieg unserer Staatsauffassung, über internationalen Pazifismus nach außen und klassenkämpferischen Haß und Machtwillen, der sich gegen die eigenen Volksgenossen richtet. Aus ihr heraus halten wir in Wort und Tat an der geschichtlichen Ueberlieferung und deren unveräußerlichem Symbol Schwarz-weiß-rot fest.

Nachdem Graf Westarp noch den Rednern des Parteitages und den Parteidelegierten den Dank für ihre Mitarbeit ausgesprochen hatte, wurde der Parteitag geschlossen.

Aus der Völkerbundsversammlung.

◆ **Genf**, 22. Sept. Die Völkerbundsversammlung nahm heute vormittag eine Reihe von Berichten des zweiten und des sechsten Versammlungsausschusses an. Der Bericht des Ausschusses für internationale geistige Zusammenarbeit, der von Dr. Breitscheid erstattet wurde, behandelt sehr eingehend die Bestrebungen aller Länder zur Unterrichtung der Jugend über die Ziele des Völkerbundes. In einem kurzen Begleitwort wies der deutsche Delegierte noch besonders auf die Bedeutung der Aufgabe hin, die Jugend aller Länder im Sinne der Verständigung und des Sichverstehens zu erziehen. Herr von de Brouckère erstattete Bericht über die Weltpressekonferenz und führt deren vollen Erfolg auf ihre gründliche Vorbereitung zurück. Die heute angenommene Resolution begrüßt die vom Rat bereits eingeleitete Bearbeitung der Konferenzbeschlüsse zur Verbilligung und Verbesserung der Nachrichtenübermittlung und des internationalen Zeitungsvertriebs, ferner zur Ausgabe einer internationalen Identitätskarte für Journalisten. Der Bericht über die Schaffung eines Weltbilfeverbandes spricht Reichsminister a. D. Dr. Külz, der die Konferenz zur Ausarbeitung eines Staatsabkommens über den Welthilfeverband leitete, den Dank der Völkerbundsversammlung aus, der in der entsprechenden Resolution wiederholt wird, die gleichzeitig Reichsminister a. D. Dr. Külz in seiner Eigenschaft als Präsident der Konferenz auffordert, sich mit den Mitgliedern des Sachverständigenausschusses den Rat zur Verfügung zu halten, um alle Maßnahmen zur Erleichterung der Inkraftsetzung des auf der Konferenz beschlossenen Staatenabkommens zu treffen.

Die Geschäftslage.

◆ **Genf**, 22. Sept. (Eig. Drahtb.) Das Thema von der Abrüstung wird in der Form der bekannten gemeinsamen Resolution, welche die drei Prinzipien des Schiedsgerichts, der Sicherheit und der Abrüstung miteinander verbindet, die Vollversammlung des Völkerbundes am Freitag und Sonnabend beschäftigen. An einem dieser beiden Tage wird auch Reichsaußenminister Dr. Stresemann seine angekündigte Abrüstungs-

Aus der Heimat.

Bocholt, den 23. September 1927.

Aus der Tätigkeit des Bocholter Verkehrsvereins.

Gestern nachmittag 5 Uhr fand im Sitzungssaale des städtischen Verwaltungsgebäudes Ravardistraße eine Vorstandssitzung des Verkehrsvereins statt. Nachdem der Vorsitzende Herr Syndikus Dr. Reusch die Versammlung eröffnet hatte, wurde festgestellt, daß die meisten Verbände der Stadt dem Verein bereits beigetreten sind. Mehr als bisher müssen aber noch Einzelpersonen die Mitgliedschaft des Vereins erwerben, damit dieser auch eine Basis erhält, die ihm die Durchführung seiner Aufgaben ermöglicht. Zu diesem Zwecke soll im Laufe des Winters gemeinsam mit dem Verein für Heimatpflege eine Werbeveranstaltung abgehalten werden, mit einem Vortrag über den Zweck und die Aufgaben eines Verkehrsvereins.

Einen breiten Raum nahm die Besprechung des Winterfahrplans ein, zu dessen Ausgestaltung eine ganze Reihe von Wünschen vorlagen. Man faßte schließlich den Entschluß, folgende Verbesserungen des Zugverkehrs zu beantragen:

1. Der letzte von Empel nach Bocholt fahrende Zug soll in Isselburg so viel Aufenthalt erhalten, daß der Anschluß der Niederländischen Kleinbahn unbedingt gesichert ist.

2. Bocholt erhebt als Stadt mit 32 000 Einwohnern und starker wirtschaftlicher Aufwärtsentwicklung Anspruch auf Eilzugverbindungen. Wenn nach Angabe der Eisenbahnverwaltung eine Weiterleitung der Eilzüge von Wesel nach Bocholt wegen des zu leichten Unterbaues der Strecke nicht möglich ist, so soll diesem Zustand durch sachgemäßen Ausbau des Bahnkörpers abgeholfen werden. Die Stadt Bocholt läßt sich auf keinen Fall auf die Dauer einen Nebenbahnbetrieb gefallen.

3. Zur besseren Anpassung an die Arbeitszeit bei hiesigen Firmen soll im Interesse der auswärtigen Arbeiter eine Aenderung der Ankunftszeit des Morgenzuges von Rhede und der Abfahrtzeit des Abendzuges nach Rhede versucht werden.

4. Da keine Notwendigkeit mehr besteht, den zweiten Zug nach Wesel morgens 5,18 Uhr abfahren zu lassen, soll ein Antrag auf Späterlegung der Abfahrtzeit um eine Stunde gestellt werden, um die Wartezeit in Wesel zu verkürzen.

5. Zur Hebung des Fremdenverkehrs nach Bocholt müssen weitere Bahnstationen der Umgegend Sonntagsrückfahrkarten nach Bocholt auflegen.

6. Da die letzten Züge in Richtung Borken und Emmerich bereits gegen 8 Uhr fahren, fehlt es an geeigneten Abendzügen. Es besteht ein dringender Wunsch nach der Einlegung neuer Züge gegen 11 Uhr abends nach beiden Richtungen hin.

7. Die Stadtverwaltung wird gebeten, ihre Untersuchungen zur Frage der Zweckmäßigkeit der Einlage von Triebwagen in Rücksicht auf den starken Arbeiter- und Schülerverkehr fortzusetzen.

Ferner wurde in der Sitzung mitgeteilt, daß der Antrag auf Einrichtung eines Autobusverkehrs auf der Strecke Bocholt — Suderwick genehmigt worden ist, so daß die Linie am 1. Oktober eröffnet werden kann. Hinsichtlich der geplanten Postautobuslinie Bocholt — Winterswick — Vreden steht die Genehmigung der deutschen Regierung noch aus.

Der letzte Punkt der Tagesordnung beschäftigte sich mit Verkehrserleichterungen für die bevorstehende Kirmes und Fremdenwerbung für die Kirmestage. Es sind bereits Anträge auf Einlegung von Sonderzügen am Kirmessonntag eingereicht worden. Gewünscht werden Sonderzüge abends 10 und 12 Uhr in Richtung Borken und Empel und abends 12 Uhr in Richtung Wesel. Bei der Postdirektion soll beantragt werden, für die Kirmestage eine Autoverbindung Werth — Bocholt — Rhede und holl. Grenze bei Aalten — Bocholt — Dingden mit Stundenverkehr einzurichten.

Zur Hebung des Fremdenbesuches während der Kirmestage ist die Herausgabe von Flugblättern beabsichtigt, die durch geeigneten Text mit Illustrationen auf die Bocholter Kirmes hinweisen und Werbeinserate der hemischen Geschäftswelt erhalten sollen.

Die Behandlung vorstehender Fragen zeigt, daß der junge Verkehrsverein eifrig bestrebt ist, seine vielen Aufgaben im Interesse der Stadt und ihrer Bevölkerung zu erfüllen. Für die Einwohner besteht die dringende Pflicht, diese Tätigkeit zu fördern und zu unterstützen, vor Allem durch Beitritt zum Verein, dann aber auch durch Mitteilung aller Wünsche hinsichtlich Fahrplanveränderung und sonstiger Verkehrsverbesserungen.

Anfragen und Anmeldungen nimmt Herr Syndikus Dr. Hoffmann im neuen Mittelstandshaus entgegen. Es ergeht daher nochmals die Bitte an die ganze Bevölkerung:

Tretet dem Bocholter Verkehrsverein bei!

* * *

z. **Lehrer Hüsener †.** Am Mittwoch abend starb nach längerer Krankheit der Lehrer a. D. Hüsener, der mehrere Jahrzehnte an der Volksschule in Lowick tätig war. Seine vorbildliche Pflichttreue und sein unermüdlicher Eifer werden ihm bei allen ein stetes Gedenken bewahren.

r. **Versetzung.** Herr Lehrer Thiehoff aus Ramsdorf ist zum 1. Oktober ds. Js. nach hier versetzt. Fast 17 Jahre hat Herr Thiehoff an der Schule in Ramsdorf mit großem Eifer gewirkt und sich die Liebe und Achtung seiner Schüler und der Gemeindeeingesessenen durch seine stets pflichtgetreue Tätigkeit erworben. So hat er neben der Schularbeit auch immer regen Anteil an allen Geschehnissen in der Gemeinde genommen. Besonders der Altertumsverein Ramsdorf verliert in ihm ein wertvolles Mitglied, da sich Herr Thiehoff gerade den Bestrebungen dieses Vereins mit besonderer Liebe gewidmet hat. Möge ihm unsere Stadt eine neue Heimat werden und seiner Arbeit hier wie da der gleiche Erfolg beschieden sein.

j. **Delegiertentag des Bezirksverbandes Bocholt der kath. Arbeitervereine.** Der Bezirksverband Bocholt der kath. Arbeitervereine hält am 9. Oktober im Saale des Arbeitervereinshauses in Borken seinen Herbstdelegiertentag ab. Mit Rücksicht auf den 50jährigen Todestag des großen Bischof Freiherrn von Ketteler, den gerade die Arbeiterschaft sich zum Vorbild genommen und dem sie auch zu großem Danke verpflichtet ist, wird diese Tagung im Zeichen dieses sozialen Führers stehen. Bei großen Veranstaltungen im Laufe dieses Jahres hat sich die kath. Arbeiterschaft zu ihren Idealen bekannt. In Dortmund gelegentlich des Katholikentages, wo sie in überwältigender Weise ihre Liebe und Treue zur kath. Kirche bekundete, in einer derart gewaltigen Beteiligung, daß selbst der „Vorwärts", das Blatt der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, seinem Erstaunen Ausdruck gibt und einsehen muß, daß doch die kath. Arbeiterschaft noch längst nicht reif für den Sozialismus ist, wie man auf dem Kieler Parteitag anzunehmen glaubte. Es gibt wirklich noch etwas anderes, das die Menschen zusammenführt und zusammenhält als der Klassenkampfgedanke und das Streben nach der Befriedigung leiblicher Bedürfnisse, daß nicht Klassenbewegung, sondern nur die Standesbewegung für die kath. Arbeiter das Gegebene sein kann. Und daß die kath. Arbeiterschaft alle Veranlassung hat, diesen Standescharakter der Bewegung zu betonen und Standesgesinnung bei den einzelnen zu vertiefen, das hat der Koblenzer Kongreß der kath. Arbeitervereine, in ganz besonders deutlicher Weise zum Ausdruck gebracht. Der Zusammenschluß muß sich auswirken im Lande unter den kath. Arbeitern. Es darf keinen Abseitsstehenden mehr geben. Manche, die infolge der überstürzten Ereignisse der letzten 10 Jahre, anderen Fahnen folgten, haben erkannt, daß sie in die Irre gingen. Diese sind reif für die Idee einer kath. Bewegung. Diesen Gedanken folgend, wird sich der Delegiertentag zunächst in einem Referat des Bezirkspräses mit der Bedeutung Ketteler's für unsere Zeit beschäftigen. Sodann wird Koblenz in seiner Bedeutung für die kath. Arbeiterbewegung und die sich daraus ergebenden Aufgaben, wie Schulung und Werbearbeit für die Wintermonate vom Sekretär des Bezirks behandelt und im Anschluß wird sich die Tagung mit den in diesem Herbst bevorstehenden sozialen Wahlen, die für die Arbeiterschaft von großer Bedeutung sind, beschäftigen. Das Referat über den letzten Punkt hat der Rendant der Ortskrankenkasse Coesfeld, Herr Johann Dicker. Angesichts der Bedeutung der zur Debatte stehenden Fragen darf wohl mit einer restlosen Teilnahme aller Delegierten aus den einzelnen Vereinen gerechnet werden.

n. **Jugendverein St. Josef.** Wegen des dauernd ungünstigen Wetters hat die Niederrheinische Dampfschiffahrt den Personenverkehr eingestellt. (Vergl. gestrige Ausgabe dieser Zeitung.) Daher muß der in der Kirchenzeitung angekündigte Ausflug mit Dampferfahrt ausfallen. Die angemeldeten Teilnehmer wollen am Sonntag während des Bücherwechsels oder während der Heimspiele (4—7 Uhr) ihr Geld beim Präses abholen. — Am 3. Oktober ist Vorstandsneuwahl und Bekanntgabe des Winterprogramms.

n. **Gesamtverbandstagung der Einheits-Stenographen.** Der Gesamtverband Rheinisch-Westfälischer Stenographen hält vom 1.—3. Oktober im Friesenpalast zu Köln seinen diesjährigen Verbandstag ab. Die Tagung steht unter dem Protektorat Sr. Exzellenz, des Herrn Reichskanzlers Dr. Marx. Es ist dies von besonderer Bedeutung, da der jetzige Reichskanzler im Jahre 1906 als Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses im Landtag zuerst die Anregung zur Einberufung eines Sachverständigen-Ausschusses zur Schaffung einer Deutschen Einheits-Stenographie nach dem Vorbild der 1901 stattgefundenen Orthographie-Konferenz gab. Es war dies notwendig geworden, nachdem die Stenographie-Gemeinschaften sich aus eigener Initiative nicht zur Herbeiführung des Einigungswerkes bereitfinden konnten und die privaten Verhandlungen völlig versagt hatten. Während der 1. Oktober zur Beratung organisatorischer und geschäftlicher Fragen vorgesehen ist, wird am Sonntag, den 2. Oktober, vormittags 11 Uhr die öffentliche Festversammlung abgehalten, in der eine Reihe namhafter Vertreter der Behörden, von Industrie und Handel das Wort nehmen werden. Den Festvortrag über das Thema: Eine wichtige stenographische Frage; Erfindung oder Verkehrsmittel? hält Herr Prof. Dr. Amsel, Berlin. Der Vortrag wird durch den westdeutschen Rundfunk verbreitet. Nachmittags 2 Uhr findet in den kaufmännischen Unterrichtsanstalten ein Wettschreiben statt, an dem sich weit über 1000 Einheitskurzschriftler beteiligen werden. Der 2. Oktober ist zu Ausflügen ins Bergische Land und ins Siebengebirge vorgesehen.

n. **Eine machtvolle Kundgebung der Einheitskurzschriftler am Niederrhein.** Die Verbände Niederrhein und Rheinisch-Westfälischer Industriebezirk für Einheitskurzschrift veranstalteten am vorigen Sonntag eine Festfahrt auf dem Niederrhein von Duisburg-Ruhrort nach Xanten. Dräuende Wolken schienen während eines Teiles der Fahrt den Erfolg in Frage zu stellen. Aber St. Viktor und der gute Stern, der bisher immer über der Einheitskurzschrift gewaltet, ließen schließlich alles Gewölk sich zerteilen und zuletzt strahlende Sonne über die Tagung sich ergießen. Das große Boot „Vaterland", 650 Personen fassend, war gleich bei der Abfahrt so gefüllt, daß noch viele, vorher nicht gemeldete Schriftfreunde zurückgelassen werden mußten. In Xanten ging es mit klingendem Spiel auf den Marktplatz, wo eine weihevolle Kundgebung vor sich ging. Umrahmt von sinnigen Weisen einer Musikkapelle wurden mehrere auf die Bedeutung des für den Niederrhein geschichtlich bemerkenswerten 1600-Jahrfestes der Viktorstadt. hinweisende Ansprachen gehalten. Zunächst begrüßte der Vorsitzende des Industrieverbandes, Herr Bremmholt (Herne), die mehr als tausendköpfige Zuhörerschaft, zu der sich auch die Xantener Bewohner gesellt hatten. Hierauf nahm der Beigeordnete der Stadt Xanten, Herr von Gerstuhysen, anstelle des durch die übrigen festlichen Veranstaltungen sehr in Anspruch genommenen Herrn Bürgermeisters das Wort, um die Einheitskurzschriftler herzlich im Namen der Stadt willkommen zu heißen und die hohe Bedeutung der endlich errungenen Einheit auf kurzschriftlichem Gebiete anerkennend zu würdigen. Mit einem Hoch auf das Vaterland, dem das Deutschlandlied folgte, schloß er seine beifällig aufgenommene Rede. Zum Schluß sprach Konrektor Heck, Weiderich über die Xantener Geschichte und im Anschluß daran über die niederrheinische kurzschriftliche Entwicklung, beginnend mit dem ersten Stenographen Rheinlands, dem römischen Sklaven Xanthias, bis auf die neue Zeit. Mit einem Hoch auf die hoffentlich als Symbol auch für andere kulturelle Einigung in Deutschland geltende Einheit der Kurzschrift schlossen seine Worte. Nach dieser außerordentlich eindrucksvollen Feier begaben sich die Teilnehmer in festlichem Zuge zur Tonhalle, wo noch mehrere angenehme Stunden zugebracht wurden. Nebenher wurden auch die Sehenswürdigkeiten der Stadt und namentlich des Domes unter Führung von Herren des Verkehrsvereins besichtigt. Gegen 5,30 Uhr nahm die „Vaterland" die Einheitskurzschriftler wieder an Bord und brachte sie in die Heimat zurück.

Chinosol
vorzüglich für Spülungen.
Zu haben in allen Apotheken und Fachdrogerien.

s. **Aus dem Gerichtssaal.** Im gestrigen Hauptverhandlungstermine vor dem Preuß. Amtsrichter kamen folgende Strafsachen zur Verhandlung: Wegen Verstoßes gegen die Verkehrsvorschriften wurde ein Kaufmann aus Köln mit 10,— R.-Mk. bestraft. Er befuhr die Nordstraße mit seinem Personenkraftwagen, ohne daß das hintere Kennzeichen in lesbarem Zustande sich befand. Es war mit dickem Schmutz behaftet. — Ein Kaufmann aus Breden passierte mit einem Kraftfahrrad die Straßenkreuzung Ravardi- — Dingperlocr- — Kaiser-Friedrich-Straße, ohne den anderen Wegebenutzern Richtungszeichen zu geben. Hierdurch wurde ein Zusammenstoß mit einem Radfahrer herbeigeführt und dessen Fahrrad zertrümmert. Die Strafe betrug 20,— R.-Mk. — Ein Drogist aus Herten übte Heilkunde im Umherziehen ohne Genehmigung aus. Er kündigte die Behandlung von Fußkranken in den hiesigen Zeitungen an. Eine gewerbliche Niederlassung hatte er hier nicht begründet. Wegen Gewerbevergehens wurde er in eine Geldstrafe von 80,— R.-Mk. genommen. — Ein hiesiger Händler beleidigte den ihn zur Haft abführenden Polizeibeamten und versuchte sich loszureißen. Auch drohte er dem Beamten, er würde sich beschweren, wenn er nicht freigelassen würde. Wegen Beamtenbeleidigung, Widerstandes und Nötigung verhängte das Gericht gegen ihn eine Gefängnisstrafe von 1 Monat und sprach dem Beleidigten die Publikationsbefugnis des Urteils zu. Die Strafvollstreckung wurde bedingt ausgesetzt. — Ein Händler aus Leipzig bot auf dem hiesigen Krammarkt Galgantwurzeln, ein Heilmittel, dessen Feilbieten im Umherziehen verboten ist, an. Da er nicht erschienen war, wurde seine kommissarische Vernehmung beschlossen. — **Heiratsschwindler und Dieb.** Ein arbeitsloser Anstreicher versprach einer Fabrikarbeiterin die Ehe. Unter dieser Vorspiegelung erschwindelte er von ihr 150,— R.-Mk. zum angeblichen Einkauf von Gardinen. Auch ließ sie sich zu intimem Verkehr verleiten, der nicht ohne Folgen blieb. Nach einigen Tagen erschien er wieder bei ihr und erbat sich einen Geldbetrag zum Einkauf von Eisen für das ihr versprochene eigene Heim, welches er vor der Hochzeit noch errichten wollte. Da die „Braut" kein bares Geld zu Hause hatte, übergab sie ihm ein Sparkassenbuch, das eine Ersparnis von 69,— R.-Mk. aufwies. An demselben Tage verschwand er spurlos. Außer dem Sparbuch ließ er ihre Damenuhr und 5,— Reichsmark bares Geld, das sich in einem Nachtschränkchen befand, mitgehen. Der wegen Diebstahls und Betrugs oftmals vorbestrafte Schwindler wird durch das Schöffengericht in Münster abgeurteilt werden. — Derselbe Betrüger stand wegen eines weiteren Betruges unter Anklage. Eines Tages wurde bei einem Anstreichermeister in Borken telephonisch angerufen und Waren im Werte von 125,80 R.-Mk. bestellt, und zwar auf den Namen von zwei Landwirten. Wie sich nachher herausstellte, wußten die betreffenden Landwirte nichts von den gelieferten Waren. Die Waren waren auftragsgemäß an der Molkerei abgesetzt und vom Angeklagten abgeholt worden. Der Angeklagte hatte sich unbefugt der Namen bedient und so den Lieferanten um die Waren betrogen. Der gestern unentschuldigt ausgebliebene Hauptzeuge wurde in eine Ordnungsstrafe von 30,— R.-Mk. genommen und die Sache heute vertagt. — Gegen eine wegen Einbruchdiebstahls angeklagte Fabrikarbeiterin, welche unentschuldigt fehlte, wurde Steckbrief und Haftbefehl erlassen.

p. **Krankenauto.** Mit dem am 7. Januar 1927 in Betrieb genommenen neuen Krankenauto wurde heute der 500. Krankentransport ausgeführt.

p. **Fundsachen.** Auf dem Fundbüro, Rathaus, Zimmer Nr. 3, wurden als gefunden angemeldet bezw. abgegeben: 1 Herrenfahrrad, 1 Paar Glacéhandschuhe.

* * *

t. **Werth, 23. Sept. Schützenfest.** Am kommenden Sonntag und Montag feiert die Schützengesellschaft Werth ihr Schützenfest. Die Feier findet statt in dem erbauten Zelte des Herrn Hogenkamp. Die Restauration hat Herr Wirt Weck von hier. Allem Anschein nach scheint der Wettergott der Feier günstig gesinnt zu sein.

* **Gemen, 22. Sept. Einbruch und Sühne.** Der in der Fronleichnamsnacht bei der Kaffeerösterei des Herrn Josef Inhester von hier verübte Einbruchsdiebstahl, bei welchem etwa 2 Zentner gebrannten Kaffee gestohlen wurden, stand gestern vor dem großen Schöffengericht in Münster zur Verhandlung. Aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde der des Einbruchs beschuldigte Schmuggler Bruno Stetten aus Borken. Wenn auch trotz der geladenen Zeugen der Einbruch dem Beschuldigten nicht einwandfrei nachgewiesen werden konnte, so stand doch die Täterschaft wohl außer Zweifel. Eine Verurteilung konnte jedoch lediglich wegen Fundunterschlagung erfolgen und erhielt der Angeklagte hierfür 9 Monate Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

Vom Niederrhein.

—t. **Isselburg, 23. Sept. Christlicher Metallarbeiter-Verband.** Heute abend gleich nach Arbeitsschluß ist eine Versammlung des christlichen Metallarbeiter-Verbandes im Lokale des Herrn Schmitz. Wegen der Wichtigkeit müssen alle Mitglieder pünktlich erscheinen.

— **Rees, 22. Sept. Um den Abbau des Reeser Progymnasiums.** Der Kampf um den Abbau des Reeser Progymnasiums will nicht zum Ende kommen. Mit knapper Mehrheit nun war bei der Haushaltsberatung der Fortbestand des Progymnasiums gesichert worden. Entschieden setzte sich bereits damals die Wirtschaftliche Vereinigung für den Abbau ein. Nunmehr hat sie erneut den Antrag auf Abbau gestellt. Es wird damit begründet, daß der damalige Referentenentwurf, der spätestens Juli in Kraft treten sollte, zurückgezogen wurde und wohl nicht mehr zur Beratung gestellt wird. Die immer höher werdenden Zuschüsse der Stadt verlangten daher dringend den Abbau. — Im Hinblick auf die Notwendigkeit einer höheren Schule für Rees ist es dringend erforderlich, daß entweder der Staat oder der Kreis eine Beihilfe gewährt oder aber Mittel und Wege gefunden werden, um den Zuschuß der Stadt in erträglichen Grenzen zu halten.

— **Wesel, 22. Sept. Brückenbau.** Der für Mittwoch angekündigte Transport des 4. Brückenbogens auf die Weseler Seite wurde gestern abend ausgeführt. Der Bogen ist an Ort und Stelle abgesetzt und der Schiffahrtsverkehr heute früh in seinem gesamten Umfange wieder aufgenommen worden.

— **Mehr bei Kleve, 22. Sept. Augustin Wibbelts 65. Geburtstag.** In diesen Tagen konnte der bekannte Dialektdichter Pfarrer Dr. Augustin Wibbelt seinen 65. Geburtstag begehen. Er feierte diesen Tag nur im Kreise seiner engsten Freunde. Als Sohn des Münsterlandes sind vor allem seine Heimatgestalten köstliche Zeichnungen aus der Wirklichkeit. Neben seinen zahlreichen größeren Werken, deren erstes „Drücke-Möhne" in drei Bänden bereits 1898 erschien und dem eine stattliche Reihe folgte, hat er auch durch eine Reihe niederdeutscher lyrischer Gedichte unsere heimische Dialektdichtung bereichert. Der Jubilar wurde am 19. September 1862 in Vorheim bei Münster geboren und am 26. Mai 1888 zum Priester geweiht. Als Kaplan war er dann im Industriegebiet tätig, wo er sich vor allem für die Behebung der sozialen Nöte der Arbeiter einsetzte. Er war u. a. Mitbegründer des christlichen Metallarbeiterverbandes. Zum Pfarrer von Mehr wurde er im Jahre 1906 ernannt.

Turnen, Sport und Spiel.

:: **Sportklub 1926.** Die erste Mannschaft fährt Sonntag nach Rhede und trägt dort gegen Spiel und Sport erste Mannschaft ein Freundschaftsspiel aus. Die schwarzen Raben spielen in vollständig neuer Aufstellung. Im Sturm sind einige jüngere Spieler aus der Jungmannschaft aufgestellt, die über Technik und den nötigen Kampfgeist verfügen. Die Mannschaft spielt in folgender Aufstellung: Schiebes, Elsemann 2, Elsemann 1, Boland, Ridder, Nachtigall, Knüfing 2, v. d. Heiden, Uhlenbrok, Wilh. Nienhaus, Knüfing 3. Anstoß ist 3 Uhr. — Die zweite Mannschaft fährt nach Wesel, um das fällige Meisterschaftsspiel gegen Feldmark zweite Elf auszutragen. — Die dritte Elf muß zum Weseler Spielverein und mit dessen zweite Mannschaft um die Punkte kämpfen. Abfahrtzeiten u. Mannschaftsaufstellung werden Freitag abend bekannt gemacht. — Die erste Jugend fährt nach Isselburg und spielt gegen Spielverein erste Jugend in bekannter Aufstellung.

Verantwortlich für den Zeitteil: für Politik Chefredakteur Dr. Meier, für den allgemeinen provinziellen u. vermischten Teil Fritz Overthun, für Feuilleton Josef Hom, für Handel Dr. jur. A. Henkel, sämtlich in Dortmund. Für Münster und das Münsterland Alfons van Beveren, Münster i. W. Berliner Redaktion: Dr. Hackert und Dr. Hüfner, Berlin SW, 11, für den allgemeinen Inseratenteil Jos. Sidora, Münster. Verlag: K. & A. Temming, Bocholt. Oertliche Schriftleitung Dr. Ed. Schmitz, Bocholt, für den örtlichen Anzeigenteil Joh. Kempkes, Bocholt.

Unterricht
(individuell)
in
Buchhaltung
einfach und doppelt
(deutsch, ital. und amerikanisch),
Bankkontokorrent,
Kaufm. Rechnen,
Korrespondenz,
Wechsel- u. Scheckverkehr,
Stenographie,
Maschinenschreiben,
Rundschrift,
Schönschreiben,
Deutsch,
Französisch u. Englisch (Grammatik u. Konv.)
Handels-hochschulbildung und Auslandspraxis.
Für Handwerker:
Vorbereitung für Prüfungen.
Jul. C. Schmitz.
Dingden i. W.

Kopfungeziefer
Der eine sagt es dem andern: Ein sicher wirkendes Mittel gegen Kopfungeziefer erhält man in der
Drogerie Gebr. Steiner,
Markt 8.
Preis 1.20.



Küchensachverständige sagen . . .

Jede Fleisch- und Gemüseart hat – ähnlich den Früchten – ein besonderes, empfindlich-feines Aroma, auf dessen Erhaltung der Kochkünstler sorglich bedacht ist, *zur Freude jedes Feinschmeckers.*

Er wählt darum grundsätzlich nur Zutaten, die im Geschmack neutral sind oder die sich dem Aroma des jeweiligen Gerichtes harmonisch anpassen.

* * *

Ziehe Deinen Nutzen aus den Erfahrungen der Fachleute und probiere noch heute das echte, naturreine *Palmin!*

Dieses erlesene Pflanzenfett ist im Gegensatz zu allen anderen Fettarten ohne jeden Eigengeschmack. *Das echte Palmin ist eine hundertprozentige Fettsubstanz,* die weder Wasser noch Salz enthält.

Wer mit *Palmin* richtig zubereitetes Gemüse gegessen hat, der weiß erst, welchen Duft und Wohlgeschmack die grüne Kost birgt. Fleischgerichte, auch Wildbret und Fische, sachgemäß mit *Palmin* bereitet, werden Dir neue, gesteigerte Genüsse bieten.

Die *„Palmin-Post"* (D. R. G. M.), eine Kinderzeitschrift, wie sie noch nicht da war, liegt künftig jeder 1-Pfund-Tafel Palmin bei.
Die *„Palmin-Post"* bringt künstlerische Abbildungen in Form von Sammelkarten.

Palmin
das naturreine Pflanzenfett

Statt jeder besonderen Anzeige.



Heute abend 7½ Uhr entschlief sanft und gottergeben nach kurzer, mit großer Geduld ertragener Krankheit, gestärkt durch den andächtigen Empfang der hl. Sterbesakramente, unser inngstgeliebter, treusorgender Vater, Schwiegervater, Großvater, Schwager und Onkel

Herr Joseph Hüsener

Hauptlehrer i. R.

(Mitgl. des Reichsverbandes d Ruhestandsbeamten),

im 66. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme und ein andächtiges Gebet für den teuren Verstorbenen bitten

die tieftrauernden Kinder.

Bocholt, Düren, Brochterbeck, den 21. Sept. 1927.

Das feierliche Seelenamt findet statt am Montag, den 26. September, vormittags 7¾ Uhr in der St. Georgiuskirche, darauf die Beerdigung vom Sterbehause, Burggrafenstr. 27, wozu alle Verwandten u. Bekannten sowie die ganze Gemeinde Lowick hiermit freundlichst eingeladen werden.

Metzger-Zwangs-Innung Bocholt.

Nachruf.

Am vergangenen Dienstag abend starb unerwartet unser lieber Kollege

Herr Jakob Silberschmidt

Als Vorsitzender der Innungskrankenkasse und Häuteverwertungsgenossenschaft setzte er sich mit ganzer Kraft für seinen Berufsstand ein. Durch sein freundliches Wesen gewann er sich die Sympathien aller.

Sein Andenken wird bei uns stets in Ehren bleiben.

Wir bitten unsere Innungsmitglieder, an der am Freitag nachm. 3,30 Uhr stattfindenden Beerdigung teilzunehmen. Sammelpunkt: 2¾ Uhr „Bürgerkrug".

Der Vorstand.

Für den Herbst

Herren-Paletots : Schweden-Mäntel
Gabardine-Mäntel
in großer Auswahl neu eingetroffen.

Teilzahlung gestattet.

Wilh. Hövener,

Eintracht - Diepenbrock - Straße Ecke.

HALT!

Wenn Sie eine **Waschmaschine** kaufen wollen, dann gehen Sie zum Fachmann.

Ich stelle **Waschmaschinen aller Art** aus gutem Pitchpineholz her für Kraft- und Handbetrieb. Konkurrenzlos in Qualität und Preiswürdigkeit.

Waschmaschinen von 25 Mk. an.

Teilzahlung gestattet.

Heinrich Heisterkamp, mech. Küferei, Bocholt, Ostertor.

Habe noch einige **gebrauchte Waschmaschinen** billig abzugeben.

Empfehle ferner Fässer zum Waschen, Pökeln und Einmachen.

Reichsbund der Kinderreichen Deutschlands

z. Sch. d. F., Ortsgruppe Bocholt.

Am Samstag, den 24. Septmber 1927, abends 8 Uhr findet im Restaurant „Zur Rebe" (B. Anschlag) im oberen Saal (Eingang zweite Tür) eine

Mitgliederversammlung

statt. Es ladet freundl. ein

Der Vorstand.

Zwangsversteigerung.

Am Samstag, den 24. September 1927, nachmittags 3 Uhr, werde ich in der Wirtschaft Wissing in Barlo

1 schwarzbunte Kuh

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Bothe,
Obergerichtsvollzieher.



APOLLO-THEATER

Das große Sensationsprgramm:

Ab heute Freitag

1.

Speed, der König der Sensationen

in dem Großfilm:



Volldampf

8 Akte! Rasende Verfolgungen u. große Sensationen.

In der Hauptrolle: **Charles Hutchison.**

2.

Der Abenteurer-Großfilm:

Der Polizeispitzel von Chicago

Eine geheimnisvolle Affäre in **8 Akten** von ungeheurer Wucht und Spannung nach den Aufzeichnungen eines berühmten, amerik. Polizeikommissars, bearbeitet von **Edgar Wallace.**

3.

Ein Heldenjüngling

Tolles Lustspiel.

Pflege deine Zähne!



Mundwasser
Zahnpasta
Zahnbürsten

Drogerie Gebr. Steiner, Markt 8.

Bettfuser-Saatroggen

1. Absaat, doppelt gereinigt und trieurt, hat abzugeben

H. Honsel, Bardingholt
Gut Schulze-Böing.

GRÖSSERE NÄHRMITTELFABRK (MARKENARTIKEL) sucht für den Besuch des Kolonialw. Gross- bezw. Kleinhandel

Vertreter

Herren oder Firmen, die dort gut eingeführt sind, wollen Angeb. senden unt. Schliessfach 231 Hannover.

Kaffee- und Kolonialwaren-Großhandlung

gut eingeführt und leistungsfähig, sucht zielbewußten, energischen

Vertreter

für Bocholt und Umgegend.

Angebote erbeten unter C 5886 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

ÖFFENTLICHER ARBEITSNACHWEIS

Öffentlicher Arbeitnachweis
für den Stadtkreis Bocholt
Kaiser-Wilhelmstr. 37
Telefon 3141.

Es werden gesucht:

Mehrere Putzer für Außenputz
„ Stukkateure
„ Rauher
Ein „ Gußputzer
„ jüngerer Anstreicher bis zu 20 Jahren
„ Friseurgehilfe
mehrere Jungen von 14 bis 16 Jahre für Botengänge.

Nestle's Kindermehl

stets frisch zu haben

Drogerie Bruns, Nordstr. 22.

Zur SAISON ERÖFFNUNG



bringe ich eine

große Auswahl eleganter

Mäntel und Kleider

in verschiedenen Preislagen.

Bei Ihrem Besuch sind Sie erstaunt über die Fülle meiner Auswahl.

Bequeme Zahlungsweise erleichtert Ihnen den Einkauf!

D. TRIEBWASSER

Bocholt **Ernststr. 8**



Was sie lesen!

Der Kaufmann:	den Kurszettel
Der Landwirt:	den landw. Teil
Der Techniker:	den techn. Teil
Der Vater:	den politischen Teil
Die Mutter:	den Unterhaltungsteil
Der Sohn:	den Sportteil
Die Tochter:	den Liebesroman

Alle aber lesen den Anzeigenteil.

Hier ist Gelegenheit, jedem mitzuteilen, daß Sie etwas kaufen oder verkaufen wollen, daß Sie Stellung oder sonst etwas suchen.

Geben Sie darum eine kleine Anzeige auf.

Aber
sie muß ins

Bocholter Volksblatt.

---

3. Orden.

Frau Lohscheller
ist gestorben.

144er

Sonntag, 11 Uhr im Gesellenhause

Monats-Versammlung

Konsumgenossenschaft „Eintracht"

Abtlg. Fleischwaren.

Unsern Mitgliedern zur gefl. Kenntnis, daß wir von jetzt ab an den letzten Wochentagen in der Fleischabgabestelle Langenbergstraße auch prima

Gefrierfleisch

zu billigstem Preise verkaufen.

Die Verwaltung.



Freitag nachm. von 4 Uhr an ist von zwei fetten Schweinen

Fleisch

zu haben.

Potsdamstr. 20.

Freibank

Freitag nachmittag um 2 Uhr und Samstag vormittag um 10 Uhr ist

Rindfleisch

zum Preise von 60 Pfg. je Pfd. zu haben. Es werden zirka 1000 Pfd. Fleisch verkauft.

Auf ein 125 Morgen großes schuldfr. Gut werden

3-5000 Mk.

zu leihen gesucht.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Spiral- und Auflegematratzen

liefert zu äußersten Preisen

Heinr. Feldhaar,
Nebenstraße.

1- bis 2-

Zimmerwohnung

von jungem Ehepaar gesucht.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Dürkopp-Fahrräder

sind nicht die billigsten, aber von unerreichter Haltbarkeit. Reelle Ware für dein Geld. Abschlagzahlung.

Heirich Rose.

Ia. Eidersettkäse 20 %

9 Pfd. = Mk. 6.30 franko

Dampfkäsefabrik Rendsburg.

Mein Schlager

1 Krt. Weinbrandbohnen
1 Tfl. Vollmilch-Schokolade
1 „ Spezialcreme „
1 Rgl. Vollmilch-Nuß
alle 4 Teile nur 95 Pfg.
1 Tfl. Alpenmilchschokolade
1 Tfl. Vollmilch-Block
1 Tfl. Vollmilch-Nuß
3 Tfl. nur 1 Mk.
Hü'cher-Pralinen Pfd. 75 Pfg.

Wegner's Kaffee Geschäft
Langenbergstraße 3.



Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos

Kukirol

Vielmillionenfach bewährt
Packung 75 Pfg.

Kukirol Verkaufsstellen: Drog. Bruns, Nordstr. 22, Drog. Heinr. Uhlenkotte, Neustr. 13; in Rhede: Markt-Drogerie.

Krücken

einfach u. verstellbar in allen Preislagen.

Drogerie Bruns
Nordstraße 22

Modelle

zum Frisieren gesucht.

Zu erfragen

Ravardistr. 33.

Ia Oldenburger

Eber

empfiehlt zur gefl. Benutzung

F. Schierenberg,
Crommert.

Möbliertes

Schlafzimmer

zu mieten gesucht, mögl. Mitte der Stadt oder Ravarditor.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.